

aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

62

Mai 2026 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation

LEITARTIKEL

Krise, Kriege, Teuerung,
Klimawandel – den 1. Mai
braucht es mehr denn je!

Seite 2

MILITARISIERUNG

- Kein Friede ihren Kriegen
- Wie aus einer Antikriegsbewegung eine globale Jugendbewegung wurde

ab Seite 4

INTERNATIONAL

- Iran-Krieg ohne Ende?
- Internationale Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung
- Deutschland verhindert Ende des europäisch-israelischen Assoziierungsabkommens

ab Seite 6

ÖSTERREICH

- ESC: Gegen Genozid, Kommerz und Sparpolitik
- Interview mit einer Sozialarbeiterin

ab Seite 8

REZENSION

Marc-Uwe und sein sozialdemokratischer Koalabär

Seite 11



Für unser Leben, gegen eure Profite!

Wie jede fünfte Aurora-Ausgabe im Jahr steht auch diese wieder ganz im Zeichen des 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter:innenklasse.

Denn die Antwort auf Krieg, hohe Lebenshaltungskosten, Entlassungswellen, Kürzungen im Renten- und Gesundheitssystem, Femizide und Polizeigewalt kann eben nicht sein „Erst unsere Jobs, dann eure Profite“ (offizielles Motto des DGB zum 1. Mai), wie uns die opportunistischen Gewerkschaften glauben machen wollen. Wir müssen für eine Welt kämpfen, in der eben nicht mehr Profit und Kapital regieren, sondern die internationale Solidarität – auch wenn uns ehemals kommunistische Kängurus was anderes weißmachen wollen. Nur so können wir gegen die Angriffe vorgehen, die auch in Deutschland und Österreich von der

Regierung auf uns geführt werden, egal ob neoliberale Reformen oder Angriffe auf die Meinungsfreiheit beim ESC.

Das zeigt uns bereits der Protest der Schüler:innen gegen die Wehrpflicht, welcher überall in Deutschland weitergeführt wird. Denn Militarismus und Nationalismus führen nur zu Desastern, wie wir sie im Iran und in den Kriegen Israels sehen – woran Deutschland auch jetzt schon beteiligt ist.

Dass so ein Kampf jedoch Erfolg haben kann, zeigen die Proteste gegen den Vietnamkrieg vor 60 Jahren.

Der 1. Mai bleibt der Tag der Arbeiter:innenklasse, unser Tag - deswegen: Nieder mit dem Kapitalismus, hoch die internationale Solidarität!

■

Krisen, Kriege, Teuerung, Klimawandel – den 1. Mai braucht es mehr denn je!

Steigende Lebenshaltungskosten, Sozialabbau, alte und neue Kriege – Krisen, wohin man blickt, ob zu Hause oder international. Der Kapitalismus zeigt sein hässlichstes Gesicht und gerade deshalb ist der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiter:innenklasse wichtiger denn je. Doch was können wir im Angesicht der globalen Krisen fordern?

Das Leben im Kapitalismus wird ungemütlicher, auch in Deutschland und Österreich merken wir das. Mobil zu sein, wird für viele unbezahlbar, egal ob die Spritpreise oder der Preis für das Deutschlandticket weiter steigen. In Österreich hat die Regierung das „Klimaticket“ mit Jahresbeginn um rund 28% verteuert, dasselbe gilt für Jahreskarte und Einzeltickets der Wiener Öffis. Die von der österreichischen Regierung im Zuge des Iran-Kriegs schnell aus dem Hut gezauberte Spritpreisbremse brachte kurzfristig zehn Cent Vergünstigung pro Liter. Der Ölkurze und Raffineriekonzern OMV verlautbarte, dass er diesen verpflichtenden Preisnachlass nur zu Hälfte weitergeben „könne“. Ähnlich ist es in Deutschland, wo nur die Steuern für die Mineralölkonzerne gesenkt werden. Ob die daraus resultierenden Einsparungen weitergegeben werden, ist aber höchst fraglich. Die Ölkonzerne freuen sich über Rekordprofite, für die Arbeitenden werden ÖPNV und Bahn eine immer teurere Option.

Grundbedürfnisse? Musst du dir leisten können!

Beim Lebensmitteleinkauf sieht es nicht anders aus. Die Preise steigen seit Jahren immer weiter, ein voller Einkaufswagen wird heute zum Luxusobjekt. Gleichzeitig feiern Supermarktketten Milliardenprofite. Parallel sind immer mehr Menschen auf Sozialmärkte angewiesen, weil sie sich eine gesicherte Versorgung mit Lebensmitteln schlicht nicht leisten können. Dass es in dieser Saison in Europa eine Überproduktion von rund drei Millionen Tonnen (!) Kartoffeln gibt, davon alleine in Deutschland eine Million, zeigt den Wahnsinn des kapitalistischen Marktes auf.

Über die letzten Jahre sind auch die

Preise fürs Wohnen kontinuierlich durch die Decke gegangen. Die Wohnkosten stiegen weit über die ohnehin schon hohendurchschnittliche Inflation. In den meisten Städten ist es schon ein Luxus, überhaupt eine Wohnung zu finden, die sich noch irgendwie bezahlen lässt. Der von der österreichischen Regierung beschlossene Mietpreis„deckel“ ist löchrig wie ein Emmentaler, die für Investoren lukrativen Neubauten sind sowieso von Mietpreisregulierungen ausgenommen. Gleichzeitig schaffen

»» Der DGB verkündet als Motto für den 1. Mai: „Erst unsere Jobs, dann euere Profite.“ Ihm scheint jegliche Schweinerei der Konzerne akzeptabel, solange die Arbeiter:innenklasse weiter schuftet „darf“. ««

viele Städte in Deutschland die noch zahmere „Mietpreisbremse“ ab, jedes Jahr gibt es neue Rekordpreise. In beiden Ländern werden die meisten Wohnungen nicht im Rahmen sozialer Wohnungsbauprojekte geschaffen, der Wohnungsmarkt wird immer stärker von privaten Investoren dominiert und geprägt. Statt bezahlbare Wohnungen, die in Größe und Ausstattung den Bedürfnissen entsprechen, werden lukrativere Eigentumswohnungen, Hotels, Luxus-Büros und Serviced-Apartments gebaut. Auch hier ist es kein vermeintliches „Marktversagen“, wie manche meinen, sondern es sind die Entscheidungen und Interessen von Investoren und der mit ihnen verbundenen Politiker:innen, die sich durchsetzen.

Was machen die Regierungen?

Sie bieten genau diesen Unternehmen Steuererleichterungen, in der frommen Hoffnung, sie würden die Ersparnisse an

uns weitergeben. Gleichzeitig wird die Abhängigkeit von fossilen Energien, wie über die letzten Jahrzehnte, weiter zementiert. Die Zeche zahlen die Arbeitenden, wenn in einer neuen Krise wieder mal die Preise durch die Decke gehen und ihnen der Klimawandel um die Ohren fliegt. In Deutschland steht dafür etwa die Wirtschafts- und Energieministerin Katherina Reiche. Für wen die ehemalige Gas-Lobbyistin Politik macht, verrät schon ihr Name. Öl und Gas wurden wieder gezielt unterstützt und gegen

Erneuerbare und Wärmepumpen wurde eine gewaltige Desinformations-Kampagne gefahren sowie die Subventionen für Haushalte gekürzt.

Die hohen Preise hängen aber auch mit neoliberalen Regulierungen zugunsten der Konzerne zusammen. So wird etwa EU-weit der Strompreis von der teuersten Quelle bestimmt, das sogenannte Merit-Order-Prinzip. Das heißt, selbst wenn Photovoltaik und Windenergie gerade günstigen Strom produzieren, ist der allgemeine Strompreis hoch, sobald in Gaskraftwerken zusätzlich teurer Strom produziert wird.

Während Politiker:innen hier auf den „Guten Willen“ der Konzerne setzen, wird die Arbeiter:innenklasse ganz konkret zur Kasse gebeten und ist gleichzeitig von der Kürzungspolitik massiv getroffen. In Deutschland wird das Bürgergeld gekürzt, die Sanktionen verschärft, die Mehrwertsteuer, die wir alle mit je-

dem Einkauf zahlen, soll erhöht werden, Mieten steigen ungehindert und die kommenden Reformen für Rente und Gesundheit lassen nichts Gutes erwarten. In Österreich werden zahlreiche Sozialleistungen weggekürzt, Förderungen für Vereine und Beratungseinrichtungen eingedampft und die Daumenschrauben, etwa beim Arbeitslosengeld, angezogen. Von all diesen Maßnahmen sind Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete, Menschen mit Behinderungen und die Jugend besonders stark betroffen. Letzterer droht als „Perspektive“ nur die Wehrpflicht.

zwischen Arm und Reich hierzulande größer ist denn je (die fünf reichsten Familienclans besitzen soviel wie 41 Millionen Menschen) und Konzerne wie VW Stellen abbauen (während sie gewohnt hohe Dividenden ausschütten), verkündet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als Motto für den 1. Mai: „Erst unsere Jobs, dann eure Profite“. In den Augen des DGBs ist also jegliche Schweinerei der Konzene akzeptabel, solange die Arbeiter:innenklasse weiter schuftet „darf“ ob Lohnabbau oder Umstellung auf Panzerproduktion. Hauptsache wir können arbeiten, auch wenn

Es braucht sofortige Maßnahmen – und Revolution!

Doch all diese Probleme können nicht gelöst werden, wenn man einzelne Stellschrauben im System verbessert – das Problem ist der Kapitalismus an sich. Nur durch sein ständiges Profitstreben und seine brutalen Konkurrenzkämpfe zwischen Staaten und Wirtschaftsinteressen gibt es Krieg in aller Welt und unser Leben wird teurer. Etwas an diesen Verhältnissen ändern, können nur die Arbeiter:innen. Sie sind es, die die Produktion und Infrastruktur, und somit das Herz dieses Systems, in ihren Händen halten und es mit der mächtigen Waffe des Streiks stoppen können. Nur dadurch können wir zeigen, dass wir uns die aktuelle Politik nicht gefallen lassen!

Gemeinsam müssen wir für eine sofortige Verbesserung unsere Lebensbedingungen streiken und auf der Straße kämpfen. Als Kompensation für die hohen Spritpreise muss der ÖPNV kostenlos sein und die immensen Preise fürs Bahnfahren müssen gedeckelt werden. Die riesigen Gewinne der Mineralölkonzerne müssen umverteilt werden und der arbeitenden Bevölkerung zu Gute kommen. Es braucht eine Verstaatlichung der fossilen Industrie, um diese herunterfahren zu können und sie durch Alternativen zu ersetzen. Gleichzeitig darf nicht länger mit unseren Lebensgrundlagen spekuliert werden, Wohnungskonzerne und Supermarktkartelle gehören enteignet und die Preise für Miete und Lebensmittel gedeckelt! Um diese Forderungen umzusetzen, brauchen wir eine starke und kämpferische Arbeiter:innenbewegung, die den Streik als Hauptmittel nutzt.

Doch auch diese Forderungen werden nur eine kurzzeitige Linderung für die Krisen sein, die der Kapitalismus konstant hervorruft. Ihn bekämpfen, kann nur ein Generalstreik und die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter:innenklasse. Dafür steht der 1. Mai und dafür gehen wir auf die Straße! ■

Johannes Wolf, Wien
und Jonas Schmidt, Mannheim

➤ Etwas an diesen Verhältnissen ändern können nur die Arbeiter:innen. Sie sind es, die Produktion und Infrastruktur, und somit das Herz dieses Systems, in ihren Händen halten. ◀◀

Perspektivlose Gewerkschaften und Linkspartei

Während die Angriffe der Regierung und der Konzerne auf uns einprasseln, lassen die Antworten der Gewerkschaften und der Linkspartei mehr als zu wünschen übrig. In einem Jahr, in dem die Schere

wir am guten Leben nicht teilhaben dürfen. Und während die AfD einen Sieg auch dem anderen feiert und fatalerweise von vielen Arbeiter:innen als einzige Systemalternative wahrgenommen wird, verliert sich die Linkspartei in Reformpolitik wie Übergewinnsteuer und Mietpreisbremse.



In Österreich ist der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) seit der Beteiligung der SPÖ an der Regierung in einen besonderen Winterschlaf gefallen. Am 1. Mai werden die Spitzen von ÖGB und SPÖ gemeinsam gönnerhaft von der Bühne herunterwinken. Der ÖGB feiert die vermeintliche „Rettung“ der Sozialpartnerschaft: Das heißt im Austausch für Mitsprache in der Regierung und bei der Mitverwaltung der Angriffe, gibt es Posten im Parlament und als Sozialministerin sowie höhere Zulagen für Personalvertreter:innen im Abtausch für die Zustimmung zu einer Nulllohnrunde.

Kein Friede ihren Kriegen!

Krieg ist das dominierende Thema in den Nachrichten. Jeden Tag können wir sehen, wohin Militarismus und Nationalismus führen. Gleichzeitig wird die Wehrpflicht in Deutschland immer konkreter: Erst Anfang April wurde klar, dass Männer zwischen 18 und 45 eine Genehmigung der Bundeswehr brauchen, wenn sie länger als drei Monate das Land verlassen wollen. Kriegsminister Pistorius erklärte zwar, dass dies aktuell noch keine Geltung habe – doch die Betonung liegt auf noch.

Denn in der zuletzt veröffentlichten Militärstrategie der Regierung hat Pistorius nochmal klargestellt, dass die Bundeswehr mit 460.000 Soldat:innen bis 2035 zur größten konventionellen Armee Europas heranwachsen soll. Ein Ziel, das ohne eine Wehrpflicht kaum erreicht werden kann. Umso wichtiger ist es, dass der nächste bundesweite Schulstreik am 8. 5. wieder groß und laut wird, damit wir der Regierung und dem Kapital klar ma-

chen, dass wir nicht bereit sind, für ihre Interessen unser Leben zu geben – aber auch, dass die Bewegung nicht auf Schulen beschränkt bleibt, wofür wir hier ein paar Beispiele geben:



Schulstreik in Mannheim, 5. 3. 2026

Studierende und Schüler:innen solidarisieren sich in Hamburg

Neben dem Schulstreik wird in Hamburg auch ein weiteres Mal ein Unistreib stattfinden, der sich mit den Schülis solidarisiert, was einen wichtigen Schritt in Richtung einer umfassenderen Bewegung gegen die Militarisierung darstellt. Denn nicht nur die Wehrpflicht wird im Rahmen der Militarisierung schrittweise umgesetzt, sondern auch Kürzungen bei Bildung und Sozialem und der Bruch von Zivilklauseln, also von Verpflichtungen, nicht mit militärischen Projekten zusammenzuarbeiten. So entwickelt an der Universität Hamburg das „Quantify“ Forschungsprojekt mit der Rüstungsfirma Thales Sensoren für israelischen Drohnen.

Hier wird an rund 40 Schulen für den Schulstreik mobilisiert, durch Verteilung von Flyern, mit Plakaten, Infoveranstaltungen und der lokalen Schulstreikkonferenz. Nach dem 8. 5. fängt dann ein internationalistisches Camp in Hamburg an, das antimilitaristische Bestrebungen weiter bündeln wird.

Korrespondentin Hamburg ■

Protest auch außerhalb der Schule in Düsseldorf

In Düsseldorf spielte für uns vor allem die Ende März stattfindende Technikmesse „Xponential Europe“ eine Rolle, die um eine Kriegswaffenausstellung erweitert wurde. Dagegen hat auch die Jugend ihren Protest am 24. 3. mit anderen Gruppen unter dem Slogan „Krieg beginnt hier, Widerstand auch“ auf die Straße getragen.

Für den Schulstreik gibt es an einzelnen Schulen organisierte Komitees, an weiteren Schulen lose Gruppen oder aktive Einzelpersonen. Das stadtweite Komitee organisiert wöchentliche Vorbereitungs- und Basteltreffen sowie ein Streikcafé zur Nachbereitung. Es hat auch Delegier-

Neue Räume gegen Militarisierung in Mannheim

Auch Mannheim wird am 8. 5. wieder dabei sein. Mit rund 300 Demonstrierenden war der letzte (und erste) Streik im März ein kleiner Erfolg, den man auf jeden Fall wiederholen möchte. Neben den Treffen des stadtweiten Komitees und Basteltreffen gibt es dafür inzwischen auch das „Offene Treffen gegen Krieg und Militarisierung“, welches sich

te zur zweiten bundesweiten Streikkonferenz in Göttingen am 18. April geschickt.

Der Schulerschluss mit der erfahrenen Friedensbewegung gelingt auch hier leicht, da sie sich über die Bewegung der Jugend freut und bei Flyeraktionen oder Infoständen tatkräftig unterstützt.

Nachdem es auch in Düsseldorf teilweise zu Repressionen gegen antimilitaristisch aktive Schüler:innen kam, hat das Bündnis Infoveranstaltungen über Rechtsansprüche organisiert und konkrete Hilfestellungen gegeben. Leider gibt es hier bislang nur wenig Aktivität von Lehrkräften oder Sozialarbeiter:innen. ■

Korrespondentin Düsseldorf

(frei nach dem bekannten Prinzip offener antifaschistischer Treffen – OAT) einmal im Monat trifft und antimilitaristische Bewegungen bündeln möchte. Geplante gemeinsame Proteste mit der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK) gegen Infostände der Bundeswehr bei Messen wie dem Maimarkt zeigen auch, dass der Kampf nicht nur in den Schulen bleibt. ■

Korrespondent Mannheim

Wie aus einer Antikriegsbewegung eine globale Jugendbewegung wurde

Vor 60 Jahren begannen die ersten großen Antikriegsbewegungen in Deutschland anlässlich des Vietnam-Kriegs. Über die Dynamik einer gewaltigen Jugendbewegung. Am 5. Februar 1966 fand die erste große Demonstration statt. In Westberlin demonstrierten Tausende gegen die US-Intervention in Vietnam.

Aufgerufen zur Demonstration hatte der SDS, der „Sozialistische deutsche Studentenbund“, nachdem die Regierung der BRD im Januar 1966 ihre Unterstützung des US-Krieges erklärte. Am Ende des Protestmarsches wurde das Amerika-Haus mit Eiern beworfen und die amerikanische Flagge auf Halbmast gehangen. Die Polizei schlug zurück und setzte Gummiknüppel ein. Diese Demonstration kann als Beginn der deutschen Studentenbewegung betrachtet werden.

Die Antikriegsbewegung in den USA als Vorbild

In der amerikanischen Opposition gegen den Krieg in Vietnam verbanden sich die Bürgerrechts-, die Studierenden-, die Hippie- sowie eine ältere Anti-Atomwaffen-Bewegung. Die Proteste Hunderttausender Afroamerikaner:innen und weißer Mittelschichtler gegen den Krieg in Vietnam, gegen die US-amerikanische Rassentrennung und für Gleichberechtigung inspirierten junge Menschen weltweit.

Die Wehrpflicht in den USA machte die Armee zu einem Massenheer. Überdurchschnittlich viele Afroamerikaner und „Weiße“ aus der Arbeiter:innenklasse mussten nach Vietnam. Ab 1966 wurde der Wehrdienst außerdem auf Studenten ausgeweitet, was die Antikriegshaltung zusätzlich beschleunigte. Rückkehrende Soldaten berichteten von den amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam und engagierten sich in der Friedensbewegung.

Vom Kampf für den Frieden zum Kampf für die Befreiung

Mit zunehmender Fortführung des Krieges wurde die Antikriegsbewegung radikaler. Am Anfang war die Parole „Frieden für Vietnam“ vorherrschend, wurde aber zunehmend durch die Parole

„Waffen für die FNL“ ersetzt. Immer mehr Menschen erkannten den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg und sahen im Vietnamkrieg einen US geführten imperialistischen Krieg zur Unterdrückung des vietnamesischen Volkes. Mit der Entstehung des Kapitalismus hat sich die Anzahl der Kriege enorm erhöht und dessen Brutalität ist ebenfalls stark gestiegen, wie die beiden Weltkriege zeigten. Die Überwindung des Kapitalismus wurde zu einem immer wichtigeren Bestandteil der Bewegung.

»» Auf diesem Kongress wurde klar, dass es eine internationale Bewegung gegen Krieg und Kapitalismus gibt. ««

Auch dank internationaler Proteste ein Ende des Krieges

Überall auf der Welt gab es Proteste gegen den Vietnamkrieg, daraus entstanden in vielen Ländern große Bewegungen. In den meisten Ländern war sie sehr studentisch geprägt, aber in einigen beteiligte sich auch die Arbeiter:innenklasse aktiv an der Bewegung.

In Deutschland war einer der Höhepunkte der Vietnamkriegskongress im Februar 1968 an der TU Berlin mit 5.000 Teilnehmenden und 44 Delegationen aus 14 Staaten. Auf diesem Kongress wurde klar, dass es eine internationale Bewegung gegen Krieg und Kapitalismus gibt. Die anschließende Antikriegsdemo mit 20.000 Demonstrant:innen war die größte Vietnamkriegsdemo jemals in Berlin.

Noch entscheidender war die immer stärker werdende Protestbewegung in den USA. Immer mehr junge Männer weigerten sich, für die Kapitalinteressen

der USA zu sterben. Allein 50.000 flüchteten vor dem



Kriegsdienst nach Kanada, 3.150 Männer wurden ins Gefängnis gesteckt, weil sie den Dienst an der Waffe verweigerten. Legendar wurde der Ausspruch des Boxers Muhammed Ali, der seine Kriegsdienstverweigerung öffentlich damit begründete, noch nie von einem Vietcong rassistisch beleidigt worden zu sein.

Die Moral der Soldaten in Vietnam wurde immer schlechter. Laut Schätzungen war jeder vierte Soldat in irgendeiner Form an Protesten gegen den Krieg beteiligt. In manchen Fällen töteten sie gar ihre Offiziere, damit ihre Einheit kampfunfähig war. Diese Protestbewegung und der entschlossene Kampf der FLN und der vietnamesischen Bevölkerung gegen die US-Streitkräfte führte zur Niederlage der USA und ihrem Truppenabzug im Jahr 1973.

Ein Beispiel für die heutige Antikriegsbewegung?

Die Antikriegsbewegung gegen den Krieg in Vietnam zeigt, dass politische Bewegungen helfen können Kriege zu beenden. Darüber hinaus wurde immer mehr Menschen klar, dass der Krieg in Vietnam Bestandteil einer kapitalistischen Welt war, in der Großmächte ständig um ihren Einfluss kämpften. Wer Frieden will, muss die Revolution vorbereiten. ■

Karl Gebhardt, Berlin

Iran-Krieg ohne Ende?

Zwei Monate nach Beginn des US-israelischen Angriffs auf den Iran ist der Krieg im Nahen Osten nicht vorbei. Trotz der gruseligen Drohung Trumps am 7. April, eine ganze Zivilisation auslöschen zu wollen, konnte keine Seite entscheidende Siege erzielen. Die extrem brüchige Waffenruhe ohne Friedensverhandlungen, sowie die Situation in der Straße von Hormus zeigen, in welcher Sackgasse sich der US-Imperialismus befindet. Gegen eine weitere Zuspitzung in Nahost kann aber nur die Mobilisierung der Arbeiter:innen und Unterdrückten helfen.

Seit dem 8. April gibt es eine extrem brüchige Waffenruhe, die erst für zwei Wochen vereinbart und dann nochmal um drei Wochen verlängert wurde. Doch Ende April sind noch nicht einmal die Verhandlungen zwischen beiden Seiten in Pakistan zustande gekommen, über die vorher tagelang spekuliert wurde. So dauert dieses neue grausame imperialistische Abenteuer weiter an, das neben Tausenden Toten auch zu einer weltweiten Energie-Krise geführt hat.

gentliches Ziel erreichen, die iranische Regierung zum Einknicken zu bringen. Auch wenn gleich zu Beginn des Krieges der damalige Oberste Führer des Irans Ali Chamenei und viele Führungskader des Regimes getötet werden konnten, hat die iranische Regierung sich halten können. Selbstverständlich sind die USA dem Iran militärisch überlegen. Doch dieser führt einen asymmetrischen Krieg durch die Kontrolle über die Straße von Hormus, aber auch durch seine Strategie andere Ölproduzenten und US-

Die Blockade der Straße von Hormus

Diese Meerenge zwischen Persischem Golf und Indischem Ozean ist seit Wochen jeden Tag in den Nachrichten. Die Ölhäfen Kuwaits, Katars, Bahrains, des Irak, der Vereinigten Arabischen Emirate und des Irans liegen am Persischen Golf und ihre Exporte müssen durch die Straße von Hormus. Ein Großteil dieser Öl- und Gasexporte gehen nach Asien, wo der Energiemangel zu verheerenden Auswirkungen führt – Stromausfällen, Schließungen von öffentlichen Einrichtungen, oder auch dass Menschen sich plötzlich kein warmes Essen mehr leisten können, weil das Gas zum Kochen zu teuer ist. Doch auch wenn die Auswirkungen auf Europa und die USA weniger dramatisch sind, kehren auch hier die Auswirkungen des Krieges als Preis-Boomerang zurück. Das hat in den USA Trumps Umfragewerte einbrechen lassen, ein Faktor, der ihm viel wichtiger ist als internationales Recht oder Menschenleben.

»» So dauert dieses neue grausame imperialistische Abenteuer weiter an, das neben Tausenden Toten auch zu einer weltweiten Energie-Krise geführt hat . ««

Es gibt eine gewisse Patt Situation. Trotz der Tötung von über 4.500 Zivilist:innen im Iran und in Libanon und der Zerstörung von über 750 iranischen Schulen konnte die US-israelische Operation „epic fury“ (epischer Zorn) nicht ihr ei-

Verbündete in der Region anzugreifen. Und so konnte Trump bis heute keines seiner großspurig verkündeten „Kriegsziele“ (die sich noch dazu ständig ändern) umsetzen.

Die unwürdige Rolle Deutschlands und Europas

Eine weitere Eskalation in der Region kann nicht ausgeschlossen werden, denn die kriegerische Zuspitzung wird weiterhin von Netanjahu befürwortet und die Sackgasse, in der Trump sich befindet, könnte ihn dazu bringen wieder auf Krieg zu setzen. Dabei ist die Stellung der europäischen Staaten keine Hilfe für die Völker im Nahen Osten. Selbst das „Nein“ der spanischen Regierung zu diesem Krieg hinderte die USA nicht daran, die spanischen Militärbasen in Rota und Maron für diesen Krieg zu benutzen.

Doch die deutsche Politik ist noch weitaus zynischer. Zu Beginn des Krieges



Die am ersten Tag des Krieges zerstörte Schule im iranischen Minab mit über 100 Todesopfern

» Je länger der Konflikt andauert, desto offensichtlicher wird es, dass die arbeitenden und unterdrückten Massen der ganzen Region von keiner der Kriegsparteien etwas zu erwarten haben. «

hat Kanzler Merz nicht etwa den völkerrechtswidrigen Überfall auf den Iran verurteilt, sondern den Iran dafür, dass er zurückgeschossen hat. Als deutlich wurde, wie der Anstieg der Energiepreise auch der deutschen Wirtschaft schadet, gab es eine halbherzige Distanzierung: „Das ist nicht unser Krieg“ - Wirklich nicht? Am 25.4 hat Deutschlands Kriegstüchtig-Minister Pistorius angekündigt, Marine Einheiten der Bundeswehr ins Mittelmeer zu verlegen, damit sie möglichst bald in der Straße von Hormus eingesetzt werden können - erst nach Ende der Kampfhandlungen, aber um das zukünftige Ergebnis dieses Krieges militärisch abzusichern. Und die Außenpolitiker Armin Laschet (CDU) und Omid Nouripour (Grüne) sind sich einig, weiterhin mit Reza Pahlavi zu sprechen, dem Sohn des ehemaligen diktatorischen Monarchen, der für eine Fortsetzung des Krieges plädiert.

Eine Perspektive von unten ist nötig

Im Libanon wurde der hauptsächlich israelische Krieg auch nach der Waffenruhe mit Iran noch eine Woche in voller Härte fortgesetzt und selbst nach Beginn der libanesischen Waffenruhe am 16.4. wird diese regelmäßig gebrochen. Die libanesischen Bevölkerung muss die blutige Zeche zahlen. Doch wer weiß, ob der US-israelische imperialistische Block nicht am Ende die Rechnung ohne den Wirt macht? Im Jahr 2019 gab es eine tiefe revolutionäre Bewegung im Libanon, bei der sich Menschen aller Religionsgemeinschaften zusammengefunden hatten, gegen ihre jeweiligen korrupten Eliten. Und das wäre auch jetzt eine notwendige Perspektive.

Je länger der Konflikt andauert, desto offensichtlicher wird es, dass die arbeitenden und unterdrückten Massen der ganzen Region, aber speziell im Iran und im Libanon, von keiner der Kriegsparteien etwas zu erwarten haben. Selbstver-

ständiglich nicht von den verbrecherischen Bombardierungen durch USA und Israel mit ihren Tausenden Todesopfern unter der Zivilbevölkerung, während von dem anfänglich vorgeschoben Sturz des Regimes und einer „Demokratisierung“ des Iran schon lange keine Rede mehr ist. Aber auch nicht von der „Islamischen Republik“, deren Revolutionsgarden ihre Diktatur während des Krieges noch verstärken, und ebenso wenig von der mit ihr verbündeten Hisbollah im Libanon, deren Kriegseintritt an der Seite des Iran Israel den Vorwand dafür geliefert hat, große Teil des südlichen Libanons unbewohnbar und 1 Million Menschen zu Flüchtlingen im eigenen Land zu machen. Doch auch die libanesischen Regierung ist keine Hilfe. So wie im Ersten Weltkrieg die russische Revolution den imperialistischen Krieg in einen Klassenkrieg der Arbeitenden gegen die ausbeutenden Eliten verwandelt hat, ist auch angesichts der heutigen imperialistischen Kriege nur eine revolutionäre Bewegung von unten in der Lage, einen grundsätzlichen Ausweg für die notleidenden Menschen zu bieten. ■

*Eva Ruth, Hamburg
und Richard Lux, Berlin*

Internationale Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung

Die ersten Boote der neuen Mission der Global Sumud Flotilla (Sumud steht im arabischen für Standhaftigkeit) sind in Richtung Gaza gestartet. Es werden schließlich über 70 Schiffe mit über 1.000 Teilnehmenden aus über 70 Ländern versuchen, die israelische Blockade vor Gaza zu durchbrechen. Es geht um Hilfslieferungen und humanitäre Unterstützungen; aber vor allem geht es darum, die Gräueltaten des völkermörderischen israelischen Regimes öffentlich anzuprangern und die Solidarität und den internationalen Kampf für ein Ende der Besatzung Palästinas ins Zentrum zu rücken, in einer Zeit, wo Menschenleben nicht zählen.

Vom 9. bis 16. Mai findet in Hamburg das „Nakba-Camp“ statt. Aus der ganzen Bundesrepublik werden Aktivist:innen zusammenkommen. Es wird jede Menge Workshops geben. Unter anderem werden Hafenarbeiter:innen aus Deutschland und

Italien sprechen, ebenso wie Techworker:innen die sich international gegen die Komplizenschaft großer Tech Konzerne mit dem israelischen Apartheidstaat und dem Militär organisieren. Die ganze Woche wird es Aktionen geben und am 16.

Mai um 15 Uhr eine große Demonstration

Auch die Studierenden bleiben aktiv. Studierende der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Hamburger Universität haben in Berichten die Verbindungen ihrer Unis zu Rüstungsunternehmen und zu israelischen Universitäten öffentlich gemacht, sowie deren institutionelle Rolle bei der Waffenentwicklung, der Ausbildung von Soldat:innen der israelischen Armee IDF und der Verbreitung der Ideologie zur Unterdrückung der Palästinenser:innen. Ziel dieser Kampagne, die an vielen Unis läuft, ist, dass die Kooperationen beendet werden. ■

Sabine Müller, Berlin



Deutschland verhindert Beendigung des europäisch-israelischen Assoziierungsabkommens

Der spanische Premierminister Sánchez hatte zusammen mit Regierungsvertreter:innen Belgiens, Irlands und Sloweniens eine Initiative angekündigt, damit die Europäische Union das Assoziierungsabkommen mit Israel aufkündigt oder aussetzt, um gegen die Massaker des zionistischen israelischen Staates zu protestieren. Deutschland macht da nicht mit.

Das Abkommen wurde 1995 unterzeichnet und trat 2000 in Kraft. Im Kern geht es um eine Freihandelszone zwischen der EU und Israel für die meisten Waren, insbesondere für Industrie- und Agrarprodukte. Es enthält eine Klausel in Artikel 2, in der ausdrücklich festgelegt ist, dass die Partnerschaft auf „der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze“ beruht. Und für Sánchez kann eine Regierung, „die gegen das Völkerrecht verstößt [...], kein Partner der Europäischen Union sein“. Was ihm sofort den Vorwurf des „Antisemitismus“ durch den israelischen Außenminister einbrachte.

Eine europaweite Petition hat parallel in nur drei Monaten über eine Million Stimmen gesammelt, die die EU auffordert, Israel unter Druck zu setzen, um die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinenser:innen zu beenden – darunter auch die Suspendierung des Handelsabkommens mit Israel.

Aber die Initiative Spaniens hat keine Chance. Zwei der wichtigsten Staaten der EU, Frankreich und Deutschland, stellen sich seit Jahren gegen jegliche Sanktionen gegen den jüdischen Staat. Beim letzten Treffen der EU-Außenminister Ende April boykottierte der

deutsche Außenminister Wadepuhl diese Initiative. Er nannte die Aussetzung des EU-Israel-Abkommens „unangebracht“. „Unangebracht“ sind allerdings Genozid, Apartheid, die Einführung der Todesstrafe für Palästinenser:innen und die Bombardierungen Irans und Libanons. Indem Deutschland die militärische Zusammenarbeit mit Israel noch verstärkt und jede auch noch so kleine Sanktion blockiert, unterstützt es diese kriminelle Politik. ■

Sabinne Müller, Berlin

ESC: Gegen Genozid, Kommerz und Sparpolitik!

Mitte Mai findet in Wien der Eurovision Song Contest statt. Die Herrschenden nutzen die Gelegenheit um sich weltoffen und pluralistisch zu geben. Keinen Platz haben soll Kritik an den Kriegen Israels und am Genozid an den Palästinenser:innen. Man will ein vermeintlich „unpolitisches“ Großevent, mit dem sich das eigene Image aufpolieren und gut Geld verdienen lässt.

Mit dem Sieg des österreichischen Acts JJ beim ESC 2025 war klar, dass das Event 2026 in Österreich stattfinden wird. In einem Interview nach dem Sieg stellte JJ die Frage, warum Israel als Aggressor nicht so wie Russland ausgeschlossen werde. Auf den kurzen Jubel über den Sieg folgte ein Shitstorm des offiziellen Österreich, der bekräftigte, dass Kritik an Israel nicht toleriert wird. Es half auch nicht, das JJ klarstellte: „Obwohl ich die israelische Regierung kritisiere, verurteile ich jegliche Form von Gewalt gegen Zivilisten überall auf der Welt – sei es gegen Israelis oder Palästinenser.“ Nemo, der Gewinner von 2024, und über 70 ESC-Teilnehmer:innen unterstützen die For-

derung nach dem Ausschluss von Israel in einem offenen Brief. Und fünf Länder nehmen wegen Kritik an Israel dieses Jahr nicht am ESC teil (Island, Irland, Niederlande, Slowenien, Spanien). Einen aktuellen Boykottaufruf des ESC unterstützen über 1 000 Musiker:innen, darunter bekannte Namen wie Roger Waters, Massive Attack und Kneecap.

„Geschichtslektion“

Als Reaktion auf JJs Aussagen wurde in den Medien, etwa von Vertreter:innen der ÖVP, von „Antisemitismus“ und „Terrorismus“, und angeblichen Sympathien dafür, gesprochen und eine „Geschichtslektion“ für JJ gefordert. Bei der eigenen faschistischen Vergangenheit werden dann beide Augen zuge-

➤➤ **Das offizielle Österreich macht sich am Genozid an den Palästinenser:innen und den Kriegen Israels in der Region mitschuldig.** ◀◀

drückt: in mittlerweile fünf (von neun) Bundesländern regieren ÖVP und FPÖ gemeinsam. Die regelmäßigen Funde von NS Devotionalien, Waffen und antisemitischen Liederbüchern bei FPÖ-Angehörigen werden weiter als vermeintliche „Einzelfälle“ abgetan. Mit der unhinterfragbaren Unterstützung für den Staat Israel will man sich von der Nazi-Vergangenheit reinwaschen sowie die eigenen autoritären und rechtsextremen Forderungen weißwaschen.

Österreich stellt sich in der EU gegen die Aussetzung des Assoziierungsabkommens mit Israel. Nicht zuletzt weil österreichische Firmen in Israel gutes Geld verdienen, insbesondere mit Dual-Use bzw. Kriegsprodukten und Überwachungssoftware. Das offizielle Österreich macht sich am Genozid an den Palästinenser:innen und den Kriegen Israels in der Region mitschuldig. Im Schatten des angeblichen Kampfes der Herrschenden gegen Antisemitismus radikalisiert sich der staatliche Rassismus und Sexismus immer weiter. Der ESC ist ein willkommener Anlass rechte Hetze und tödliche Kürzungspolitik hinter einem offi-

ziellen Bekenntnis zu Weltoffenheit und Diversität zu verstecken. Dabei machen auch SPÖ und NEOS mit, die in Wien als Zweierkoalition und im Bund als Dreierkoalition mit der ÖVP regieren.

Wien ist nicht anders

Sowohl im Bund als auch in Wien wird aktuell ein unerbittlicher Sparkurs gefahren. Dabei werden massenhaft Sozialleistung, sowie Förderungen für Beratungs- und Betreuungseinrichtungen und Kultur gestrichen. Das führt zu steigender Armut, Obdachlosigkeit, Kriminalität, mehr Drogentoten... Gleichzeitig wird das Leben in der Stadt immer un-

»» **Wo es den Herrschenden in den Kram passt, sind sie ohne mit der Wimper zu zucken bereit vom angeblich alternativlosen Sparkurs abzuweichen.** ««

leistbarer und unabhängige Kunst und Kultur ausgedünnt und verdrängt (zu den Angriffen auf das „Amerlinghaus“ siehe Aurora 59).

Anfang April kam es am Gelände des Stadtentwicklungsgebiet St. Marx zu einem Einsatz der Polizei-Sondereinheit WEGA (inklusive zahlreicher Verhaftungen) gegen die selbstbestimmte Nutzung der Freifläche durch Kulturinitiativen. Das ist der aktuellste Fall, in dem klar gemacht wurde, dass die Stadt bereit ist ihren Kurs aggressiv und autoritär durchzusetzen und Widerstand nicht akzeptiert. In St Marx soll eine neue, riesige Eventhalle eines privaten Betreibers gebaut werden - selbstverständlich mit über 200 Millionen Euro Förderung durch die Stadt. Ge-

nug Geld (mindestens zwei Milliarden) gibt es auch für die „Lobau“-Autobahn (die durch ein Naturschutzgebiet führt). Auch das Protestcamp dagegen wurde brutal von der Polizei geräumt.

Der ESC passt in dieses Bild. Die Stadt Wien gibt offiziell 22 Millionen aus, der öffentliche Rundfunk ORF 16 Millionen. Wo es den Herrschenden in den Kram passt, sind sie ohne mit der Wimper zu zucken bereit, vom angeblich alternativlosen Sparkurs abzuweichen. Das zeigt wiederum, dass es dabei nicht um objektive Notwendigkeiten, sondern politische Entscheidungen geht.

Leistung für Alle!

Die Ausrichtung eines Großevents, wie des ESC, kommt wie gerufen. Der Tourismus in der Stadt bricht jedes Jahr neue Rekorde (+30% in zehn Jahren). So soll es weitergehen. Mit Großevents (Sportereignisse, Stadionkonzerte ...) lässt sich besonders viel verdienen. Die Infrastruktur der Stadt wird zunehmend auf diese Bedürfnisse ausgerichtet. Statt leistbarer Gemeindewohnung werden ganze Hochhäuser mit Wohnungen zur Kurzzeitmiete und immer weiter neue Hotels gebaut. Mit dem Tourismusboom einher gehen steigende Preise in Restaurants, Cafés und Kultureinrichtungen. Ein „Nebeneffekt“ sind höhere Emissionen durch den Rekordebetrieb am Wiener Flughafen.

„Song Protest“ und Demo

Rund um den ESC sind verschiedenen Aktionen geplant. Am Tag vor dem ESC Finale wird etwa der „Song Protest“ stattfinden. Am Finaltag wird es eine große Demonstration geben. Wir werden uns als RSO daran beteiligen und gemeinsam mit anderen sowohl gegen Genozid und Krieg als auch gegen den sozialen Kahl Schlag und für eine leistbare Stadt für Alle kämpfen. ■

Johannes Wolf, Wien

Keine Bühne für den Völkermord
FREIHEIT FÜR PALÄSTINA

DEMONSTRATION GEGEN DIE TEILNAHME ISRAELS AM SONGCONTEST

16. Mai 2026 | 14.00 Uhr
Christian Broda Platz/Stadthalle

„... von einer Krise in die nächste“

Die Kahlschlagpolitik der Stadt Wien hat ganz konkrete, oft zunächst versteckte, Auswirkungen. Darüber haben wir mit S., Aktivistin und Sozialarbeiterin (im Handlungsfeld Sucht und Psychiatrie), gesprochen.

Kannst du uns kurz was über deine Arbeit und die Auswirkungen der Kürzungen der Stadt Wien erzählen?

Die Einsparungen haben dazu geführt, dass bereits Anfang des Jahres soziale Einrichtungen vollständig oder teilweise schließen mussten. Viele arbeitsmarktpolitische Projekte, die Menschen mit Suchterkrankungen betreuen und versuchen, sie in den Arbeitsmarkt zu (re-) integrieren, mussten zusperrten. Darunter das Projekt Standfest vom Verein Dialog, das Projekt FÖBES von der Suchthilfe und ein großer Teil des sozialökonomischen Betriebes von Fix und Fertig. Viele Personen haben dadurch ihre Beschäftigung, ihre Tagesstruktur und ihre Perspektive im Leben verloren.

Außerdem sind vor einigen Wochen durch Umstrukturierungen in der Finanzierung viele Therapieplätze für Menschen mit Alkoholerkrankung weggefallen. Das bedeutet, dass diese Menschen länger auf Therapieplätze warten müssen, die Therapiedauer sich für viele verkürzt oder mehr ambulant und oft nicht mehr stationär behandelt wird. Hinzu kommt, dass viele Klient:innen Mehrfachproblematiken, wie der Teuerung von Lebensmitteln und Wohnkosten, als auch Kürzungen von Sozialleistungen, wie z.B. der Mindestsicherung, ausgesetzt sind. Betroffene kommen von einer Krise in die nächste und die Rahmenbedingungen lassen keine Erholung zu.

Was bedeuten die Einsparungen für dich und deine Kolleg:innen?

Mit dem Abbau der Therapieplätze wurde auch Personal reduziert. Stellen werden nicht nachbesetzt und befristete Stellen nicht verlängert. Etliche Kolleg:innen wurden gekündigt, das betrifft

weniger Zeit für die Praktikumsstellen zu finden, weil weniger Ressourcen da sind, sie zu betreuen. Insgesamt werden die Handlungsmöglichkeiten der Sozialarbeitenden immer mehr eingeschränkt, da Projekte gekürzt werden oder überlastet sind.

»» Das Leben muss für alle Personen leist- und lebbar sein können. ««

auch langjährige Kolleg:innen und Alleinerziehende. Offiziell sind das immer „eilvernehmliche Auflösungen“ der Dienstverhältnisse. Weil fast überall gespart wird, ist es schwer einen neuen Arbeitsplatz in dem Bereich zu finden.

Insgesamt herrscht große Unsicherheit. Die Einsparungen gehen weiter und nächstes Jahr kommen vermutlich neue Einsparungen. Gleichzeitig steigen die Fallzahlen, es gibt aber weniger Personal. Das bedeutet, dass Arbeitsumfang und -belastung steigen und gleichzeitig

Gegen diese Politik der Stadt Wien regt sich auch Widerstand. Was gibt es für Aktionen und Bündnisse? Und was braucht es?

Im Bündnis SOWISO mobilisieren viele Organisationen gegen die Sozialkürzungen, Stellenabbau und für die Rechte von Betroffenen. Es ist wichtig, Betroffenen ein Sprachrohr zur Verfügung zu stellen, da viele Menschen so sehr mit dem Überleben beschäftigt sind, dass sie nicht die Kraft und Energie aufbringen, sich gegen die politischen Ungerechtigkeiten einzusetzen.



Es braucht strukturelle Veränderung, die Gelder in Unterstützungsangebote fließen lässt, nicht in die nächste Betonmischmaschine. Es braucht einen leichten und schnellen Zugang zu einer fairen und guten Sozial- und Gesundheitsversorgung für alle Personen. Armut kann nur dann reduziert werden, wenn Lebensbedingungen nachhaltig verbessert werden. Das Leben muss für alle Personen leist- und lebbar sein können. ■

Marc-Uwe und sein gemäßigt sozialdemokratischer Koalabär

Für viele junge Linke haben die „Känguru-Chroniken“ von Marc-Uwe Kling eine besondere Bedeutung, so führten sie manche an Themen wie „Kommunismus“ und „Klassenkampf“ erstmals heran. Von beidem will der Autor in seinem neuesten Werk „Die Känguru-Rebellion“ aber genauso wenig wissen wie das Känguru von Pinguinen.

Die „Känguru-Chroniken“ haben Kultstatus. Über 5 Millionen Mal verkauften sich die Abenteuer von Marc-Uwe Kling und seinem hüpfenden Mitbewohner, die er in insgesamt vier Büchern festhielt. Sätze wie „Mein, Dein, das sind doch bürgerliche Kategorien“ oder „Ich bin Kommunist, du Anarchist wir bleiben Freunde bis zur Revolution!“ führten tausende junge Leser:innen erstmals an linke Begriffe heran. Dass Kling jedoch in den letzten Jahren immer mehr zu dem kommerziellen Künstler wurde, den er eins parodierte, zeigten spätestens die lustlosen Filmumsetzungen.

Welche Rebellion?

Die „Känguru-Rebellion“, das inzwischen fünfte Buch der Reihe, hat jetzt allerdings Großes vor: Denn Kai-Uwe und das Känguru wollen rebellieren, und zwar gegen die Zustände. Ein kämpferi-

tem hinter all diesen Widerlingen völlig außer Acht gelassen wird. Diese Akteure seien einfach böse und dumm, würden sie doch letztendlich selbst dem System schaden, für das sie eigentlich kämpfen. Inhaltlich sinkt das Känguru damit auf die satirische Schärfe der „heute-show“ herab: Trump ist irre, Putin das personifizierte Böse und KI und Social-Media machen uns dumm und klauen massenhaft die Kunsthalte (vielleicht schwimmt bei letzterem sogar ein gewisses Eigeninteresse Kai-Uwes mit). Das erklärt auch, warum die Rebellion eine beeindruckende Querfront umfasst: Auch CDUler können dabei sein, solange sie noch die „christliche Botschaft“ vertreten. Hauptsache es geht gemeinsam gegen die teuflischen Mächte. Und auch wenn die SPD regelmäßig auf die Schippe genommen wird, bleibt als Handlungsanweisung am Ende doch nur üb-



tisch daherkommen, aber letztendlich den Kapitalismus als System dahinter unangetastet lassen. Egal ob Serien wie „The Boys“ oder Filme wie „One battle after another“ überall sucht man vergebens die wirklichen Hintergründe dieses Systems, die Klassengesellschaft und den Kampf um ökonomische Interessen in ihr.

Natürlich riefen auch die alten Känguru-Werke nicht zum Generalstreik auf. Doch mit ihren witzigen Geschichten über die kleinen und großen Absurditäten des Kapitalismus zeigten sie, wie verrückt dieses System eigentlich ist egal ob es um die Kommerzialisierung des Klogangs ging oder die opportunistische Selbstkritik des „Bildungs“-Bürgertums bei einer Spendengala.

Statt zeitlosen Dialogen bietet die „Känguru-Rebellion“ pseudo-kritische Belehrungen, die nie wirklich Kritik üben. Und nach dem Griff zu einem der älteren Bände muss man einfach resigniert feststellen „Irgendwie waren die alten Geschichten witziger.“ ■

Jonas Schmidt, Mannheim

»» Inhaltlich sinkt das Känguru damit auf die satirische Schärfe der „heute show“ herab: Trump ist irre, Putin das personifizierte Böse««

ches Vorhaben, sind doch die Zustände im Kapitalismus gerade alles andere als hinnehmbar. Wie diese Rebellion aber konkret aussehen soll, das weiß auch das Känguru nicht so recht. „Wir rebellieren gegen die Zustände. Muss ich noch mehr dazu sagen?“ Und so sprechen Marc-Dieter und sein Beuteltier eine bunte Masse Menschen an und versuchen, sie von der Rebellion zu überzeugen. Die Feinde sind dabei klar: Trump, Putin, die AfD, die Tech-Milliardäre und die Fossilindustrie werden konsequent mit mehr oder weniger guten Metaphern attackiert. Fatal dabei ist jedoch vor allem, dass der Kapitalismus als Sys-

tem nicht für die AfD zu wählen. Wirklich weh tut an diesen linksliberalen Moralreden jedoch, dass Begriffe wie „Netanjahu“, „Genozid“ oder „Palästina“ in keinem Kapitel zu finden sind. „Rebelliert“ wird also nur in den Grenzen von „freiheitlicher“ Grundordnung und Staatsräson, Aussagen, die politisch kontrovers sein könnten, sucht man genauso vergebens wie das Känguru seine Schnapspralinen.

Kritischer Mainstream

Die „Känguru-Rebellion“ reiht sich damit in eine immer größer werdende Zahl an Kulturprodukten ein, die systemkri-

VERANSTALTUNGEN

BERLIN

11:30 Uhr | Strausberger Platz

Fr, 1.5. 1. Mai Gewerkschaftsdemo

18:00 Uhr | Oranienplatz

Fr, 1.5. Revolutionäre 1. Mai Demo

12:00 Uhr | Brandenburger Tor

Fr, 8.5. Schulstreik

Jeweils 19:00 Uhr | Mehringhof, Blauer Salon, Gneisenaustr. 2A

Di, 05.5. Eure Kriege - unser Leben - Krise und Krieg überall!

Mo, 11.5. Im Herzen der Bestie – aktiv sein in den USA und Deutschland gegen Krieg und Krise

19:00 Uhr | Bavul, Annenstr. 13

Do, 21.5. Filmabend: And miles to go before I sleep

ONLINE (Link auf Anfrage)

Mo, 11.5. Im Herzen der Bestie –aktiv sein in den USA und Deutschland gegen Krieg und Krise! Mit Aktivist:innen aus den USA

INTERNATIONAL

28.7. - 2.8.2026 Internationalistisches Sommercamp in Spanien

Hier findet ihr uns online

Deutschland

www.sozialismus.click

  [rsodeutschland](https://www.instagram.com/rsodeutschland)

Österreich

www.sozialismus.net

 [rso_organisation](https://www.instagram.com/rso_organisation)

 [rsoorganisation](https://www.facebook.com/rsoorganisation)



Revolutionär Sozialistische Organisation



Sozialismus oder Laberei



WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit

denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net

und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/